

FULL PAPER

Politiker*innen als opportune Zeug*innen? Die Berichterstattung über öffentlich-rechtliche Medien in deutschen (Print-)Medien nach dem rbb-Skandal

Politicians as opportune witnesses? How German (print) media reported on public service media after the rbb scandal

Johanna Wolleschensky, Maike Körner, Annika Sehl, Henning Eichler, Korbinian Klinghardt, Jonas Schützeneder & Michael Graßl

Johanna Wolleschensky (M. A.), Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Ostenstraße 25, 85072 Eichstätt, Deutschland. Kontakt: johanna.wolleschensky@ku.de. ORCID: <https://orcid.org/0009-0006-1233-1669>

Maike Körner (M. A.), Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Ostenstraße 25, 85072 Eichstätt, Deutschland. Kontakt: maike.koerner@ku.de. ORCID: <https://orcid.org/0009-0001-2001-7278>

Annika Sehl (Prof. Dr.), Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Ostenstraße 25, 85072 Eichstätt, Deutschland. Kontakt: annika.sehl@ku.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-8949-569X>

Henning Eichler (Prof. Dr.), Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Postfach 30 11 66, 04251 Leipzig, Deutschland. Kontakt: henning.eichler@htwk-leipzig.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0002-7972-7581>

Korbinian Klinghardt (Dr.), Hochschule Darmstadt, Max-Planck-Straße 2, 64807 Dieburg, Deutschland. Kontakt: korbinian.klinghardt@h-da.de. ORCID: <https://orcid.org/0009-0003-2995-5775>

Jonas Schützeneder (Prof. Dr.), Universität der Bundeswehr München, Werner-Heisenberg-Weg 39, 85579 Neubiberg, Deutschland. Kontakt: jonas.schuetzeneder@unibw.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0001-6606-7505>

Michael Graßl (Dr.), Hochschule Magdeburg-Stendal, Breitscheidstraße 2, 39114 Magdeburg, Deutschland. Kontakt: michael.grassl@h2.de. ORCID: <https://orcid.org/0000-0001-7389-906X>



FULL PAPER

Politiker*innen als opportune Zeug*innen? Die Berichterstattung über öffentlich-rechtliche Medien in deutschen (Print-)Medien nach dem rbb-Skandal

Politicians as opportune witnesses? How German (print) media reported on public service media after the rbb scandal

Johanna Wolleschensky, Maïke Körner, Annika Sehl, Henning Eichler, Korbinian Klinghardt, Jonas Schützeneder & Michael Graßl

Zusammenfassung: Die Debatte um öffentlich-rechtliche Medien (ÖRM) in Deutschland ist nicht nur von strukturellen und politischen Herausforderungen geprägt, sondern wird auch entlang ideologischer Linien geführt. Empirische Befunde deuten darauf hin, dass Einstellungen zu ÖRM in der Bevölkerung entlang politischer Links-Rechts-Einstellungen variieren. Inwiefern sich solche Unterschiede auch in der Medienberichterstattung über ÖRM widerspiegeln, ist bislang jedoch kaum untersucht worden. Diese Studie setzt an dieser Forschungslücke an und analysiert am Beispiel des rbb-Skandals 2022 und anhand des theoretischen Konzepts der opportunen Zeugen, wie sieben deutsche (Print-)Medien mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung über Strukturreformen von ÖRM berichten. Dabei wird untersucht, inwiefern in der Berichterstattung Politiker*innen als opportune Zeug*innen eingesetzt werden und inwiefern systematische Bevorzugungen oder Nicht-Nennungen bestimmter politischer Parteien, Kritikpunkte oder Reformforderungen erkennbar sind. Die Ergebnisse zeigen – im Einklang mit bisherigen Studien zu opportunen Zeug*innen –, dass vor allem konservative Medien zwar teilweise politische Akteur*innen, insbesondere aus der CDU/CSU, bevorzugen, eine systematische Bevorzugung oder Nicht-Nennung spezifischer Kritikpunkte und Reformforderungen sich jedoch nicht nachweisen lässt. Die Ergebnisse werden auf Basis der Überlegungen zum Konzept der opportunen Zeugen diskutiert, eingeordnet und als Heuristik in der Auswahl von Argumentträger*innen beschrieben.

Schlagwörter: Öffentlich-rechtliche Medien, opportune Zeugen, Skandal, Reformforderungen, Inhaltsanalyse

Abstract: The debate about public service media (PSM) in Germany is shaped not only by structural and political challenges but is increasingly conducted along ideological lines. Empirical findings suggest that attitudes toward the role of PSM among the population vary along a left-right dimension. However, it has hardly been studied to what extent these differences are reflected in media coverage of PSM. This study addresses this research gap and analyzes, using the example of the 2022 rbb scandal and the theoretical framework of opportune witnesses, how seven German (print) media outlets with different political orientations report on structural reforms of PSM. The study specifically investigates to what extent politicians are used as opportune witnesses in the coverage, and whether systematic preferences or exclusions of certain political parties, criticisms, or reform proposals are

observable. The findings – consistent with previous research on opportune witnesses – indicate that conservative media tend to favor certain political actors, particularly from the CDU/CSU. However, no systematic preference or rejection of specific criticisms or reform demands can be identified. The results are discussed based on the concept of opportune witnesses and described as a heuristic for understanding the selection of argument carriers.

Keywords: Public service media, opportune witnesses, scandal, reform demands, content analysis

1. Einleitung

Öffentlich-rechtliche Medien (ÖRM) in ganz Europa stehen vor großen strukturellen und (medien-)politischen Herausforderungen. In Deutschland hat sich die Debatte um ÖRM 2022 (erneut) intensiviert, nachdem Vorwürfe der Vetternwirtschaft und Mittelverschwendung beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), einer von neun öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD), bekannt wurden (Scheufele et al., 2023). Die sich anschließenden Diskussionen über Reformen in verschiedenen Bereichen wie Gebühren, Personalstruktur oder Kontrolle haben nicht nur in Politik und Gesellschaft für Aufsehen gesorgt, sondern wurden auch in den Medien ausführlich behandelt.

Medien sind jedoch bei medienpolitischen Themen, weil sie (z. B. als Wettbewerber) häufig unmittelbar betroffen sind, nicht nur Vermittler, sondern auch selbst Akteure (Beck, 2001; Löblich, 2011, S. 424; Pfetsch & Adam, 2008, S. 10–11). Sie können ihre Position nutzen, „[to] change the beliefs and policy preferences of mass and/or elite audiences, which would presumably affect subsequent policy decision“ (Page, 1996, S. 20).

In der Debatte um ÖRM gilt dies insbesondere für kommerzielle Medien. Diese können eigene Interessen verfolgen (Maier & Dogruel, 2016, S. 147) und gehen zum Teil unter Bezugnahme auf das Crowding-Out-Argument davon aus, dass ÖRM sie vom Markt drängen (Sehl et al., 2020). Dementsprechend können sie durch bestimmte Selektionsentscheidungen (Second-Level-)Agenda-Setting betreiben (Pfetsch & Adam, 2008, S. 11) und beispielsweise instrumentell bestimmte Themen in die Debatte um ÖRM einbringen (Kepplinger, 2011, S. 153–155) oder im Einklang mit der Blattlinie bestimmte Personen (Hagen, 1992) zitieren. In der Debatte um ÖRM und Reformforderungen muss diese Art der Berichterstattung allerdings nicht zwangsläufig aus einer direkten (ökonomischen) Betroffenheit resultieren, sondern vor allem auch daraus, dass der „big ideological divide regarding how to approach PSM in a digitized environment boils down to the core of the traditional left-right ideological cleavage“ (Campos Rueda, 2023, S. 3847). Während sich bei den Einstellungen der Bevölkerung in Bezug auf ÖRM Links-Rechts-Unterschiede zeigen (z. B. Campos Rueda, 2023; Schulz et al., 2019), ist bislang kaum erforscht, inwiefern sich eine Links-Rechts-Unterscheidung und eine systematische Bevorzugung entsprechender Akteur*innen auch in der Berichterstattung von Medien mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung widerspiegeln.

Entsprechend steht in dieser Studie die Frage im Fokus, wie deutsche (Print-)Medien mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung über ÖRM berichten und welche Akteur*innen sie dabei zu Wort kommen lassen. Aufbauend auf dem Konzept der opportunen Zeugen¹ (Hagen, 1992) und anhand des rbb-Skandals wird insbesondere analysiert, welche Sprecher*innen politischer Parteien in welchen Medienhäusern in Erscheinung treten und welche Kritikpunkte und Reformvorschläge sie äußern. Dafür wurden in einer quantitativen Inhaltsanalyse 543 Beiträge aus deutschen (Print-)Medien unterschiedlicher politischer Ausrichtung (*Bild*, *Welt*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, *Spiegel*, *die tageszeitung* und *Business Insider*) vom 23. Juni 2022 bis zum 31. Januar 2023 analysiert.

Der Beitrag knüpft zunächst an den inhaltsanalytischen Forschungsstand zur Berichterstattung über ÖRM an. Daraufhin zeichnet der Beitrag das Konzept der opportunen Zeugen (Hagen, 1992) nach und unterscheidet im Vergleich zu anderen Arbeiten zwischen Konstruktionsprinzip 1 (Argumentebene) und Konstruktionsprinzip 2 (Akteursebene) und argumentiert, dass Politiker*innen sowohl theoretisch als auch methodisch als opportune Zeug*innen in den Mittelpunkt gestellt werden können. Daran anschließend skizziert der Beitrag den rbb-Skandal und argumentiert, dass dieser als Katalysator sowohl die Berichterstattung über ÖRM als auch die Debatte um Reformforderungen der ÖRM intensiviert hat und deswegen als geeigneter Untersuchungsgegenstand betrachtet werden kann. In Anlehnung daran werden die Forschungslücke herausgearbeitet und die Forschungsfragen abgeleitet. Die Ergebnisse zeigen, dass zumindest teilweise politische Akteur*innen als opportune Zeug*innen für die Berichterstattung zu Rate gezogen werden (Konstruktionsprinzip 2). Dabei kann jedoch – im Einklang mit bisheriger Forschung zu opportunen Zeug*innen – keine systematische Bevorzugung oder Nicht-Nennung bestimmter Kritikpunkte oder Reformforderungen identifiziert werden (Konstruktionsprinzip 1).

2. Öffentlich-rechtliche Medien in der Berichterstattung

Wie kommerzielle Medien über ÖRM berichten, wurde bislang nur in einer überschaubaren Anzahl an – oft qualitativen – Studien untersucht. Scheufele et al. (2023, S. 65) beispielsweise arbeiten mittels qualitativer Inhaltsanalyse heraus, welche Ursachen Medien den Krisen von ÖRM zuschreiben und welche Kritikpunkte sie hervorheben: Kontrollversagen, Beitragsverschwendung, eine vermeintliche politische Agenda, einen Mangel im Informationsauftrag, veraltete Strukturen und zu große Staatsnähe. Neben diesen Kritikpunkten besteht der Beitrag von Scheufele et al. (2023) vor allem darin, verschiedene Krisendeutungen in der Berichterstattung über ÖRM festzustellen:

Diese gefundenen Deutungen umfassen: (1) eine Verschwendungskrise, d. h. ÖRM wird vorgeworfen, sie gingen verschwenderisch mit ihren Ressourcen um,

1 Wenn vom Konzept der *Opportunen Zeugen* die Rede ist, wird der Begriff nicht gegendert. Bezieht sich die Bezeichnung jedoch auf konkrete Personen, wird die gendergerechte Form *Opportune Zeug*innen* verwendet.

was zum einen auf das Führungspersonal, zum anderen aber auch allgemeiner auf hohe Pensionszahlungen, Doppelstrukturen etc. bezogen wird (Scheufele et al., 2023, S. 66–70), wodurch sich diese Krisendeutung vor allem auf die Dimensionen Personal, Finanzierung und Kontrolle bezieht; (2) eine Legitimationskrise, die sich zum einen auf Botschaften und zum anderen auf das Programm bezieht. ÖRM wird hier vorgeworfen, eine links-grüne politische Position zu bevorzugen. Zusätzlich wird kritisiert, dass es Defizite beim Informationsauftrag gebe (Scheufele et al., 2023, S. 70–75). Diese Krisendeutung bezieht sich damit vor allem auf den Inhalt. (3) Die Deutung der Reformkrise schließlich nimmt den Erneuerungsbedarf in den Blick. Die Krise bezieht sich hier auf überkommene und/oder ineffiziente Strukturen innerhalb der ÖRM sowie zu enge Beziehungen zum Staat beziehungsweise die fehlende Staatsferne (Scheufele et al., 2023, S. 75–78). Damit bezieht sich diese Krisendeutung vor allem auf die Strukturen.

Neben dieser Studie basiert der Forschungsstand zum Bild und der Berichterstattung über ÖRM auf einer kleineren Anzahl weiterer Studien, die sich zudem häufig auf konkrete medienpolitische Debatten beziehen, von denen die kommerziellen Medien auch häufig direkt ökonomisch betroffen sind (z. B. Online-Aktivitäten, Löblich, 2011), und ist damit lückenhaft. Dennoch zeigen sich Tendenzen:

Eine kanadische Studie von Uzelman et al. (2005) kommt zu dem Schluss, dass über ÖRM deutlich mehr berichtet wird als über kommerzielle Medien. Konkret zeigen die Ergebnisse ihrer quantitativen Inhaltsanalyse von 79 Artikeln in drei reichweitenstarken und politisch unterschiedlich ausgerichteten Tageszeitungen (*The Globe & Mail*, *National Post*, and *Toronto Star*) zwischen 30. Juni 1999 und 30. Juni 2000, dass die öffentlich-rechtliche Anstalt Canadian Broadcasting Corporation (CBC) wesentlich häufiger als Gegenstand politischer Debatten genannt wurde als privatwirtschaftliche Rundfunkunternehmen (Uzelman et al., 2005, S. 160). Auch die Untersuchungen des Forschungszentrums Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) (2015; 2018) zur Berichterstattung über Abstimmungsvorlagen in der Schweiz belegen, dass medial ein hohes Interesse an Debatten über ÖRM besteht. Wesentliches Ergebnis weiterer Studien ist, dass negative (Krisen-) Frames die Berichterstattung über ÖRM prägen. So untersucht die Studie von Löblich (2011) die Vielfalt an Themen-Frames in der Presseberichterstattung zum 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. Basierend auf einer qualitativen Inhaltsanalyse von 82 Artikeln zeigt sie, dass die Berichterstattung durch eine tendenziell negative Sicht auf das öffentlich-rechtliche Online-Engagement geprägt war. Die Autorin folgert aus ihrer Forschung, dass „die Printmedien die öffentliche Meinungsbildung in verschiedener Hinsicht ein[engen]. Das Online-Engagement der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wurde einseitig als Bedrohung der Medienunternehmen dargestellt. Inwieweit ihre Onlineangebote Nutzen und Vorteile für die Gebührenzahler mit sich bringen, blendete die Berichterstattung weitgehend aus“ (Löblich, 2011, S. 435). Schließlich zeigen sich auch Anzeichen von medienpolitischen Eigeninteressen in der Berichterstattung der Printmedien. Die Studie von Löblich (2011) unterstreicht, dass die politische Ausrichtung der untersuchten Medien weniger wesentlich für die Berichterstattung war als die wirtschaftlichen Eigeninteressen. Auch als linksliberal angesehene Tageszeitungen wie die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Rundschau* berichteten gegen unbe-

grenzte öffentlich-rechtliche Internetangebote, die ihren eigenen Interessen entgegenlaufen (Löblich, 2011, S. 436). Die Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und des *Spiegel* diesbezüglich wertet sie sogar als „Kampagne gegen (unbegrenzte) öffentlich-rechtliche Internetangebote“ (Löblich, 2011, S. 436).

Maier und Dogruel (2016) bestätigen in ihrer Analyse von Sprecher-Adressat-Sequenzen (Claims) diese Tendenz und zeigen, dass die Berichterstattung in Teilen und für bestimmte Medien sowohl von der redaktionellen Linie (*Welt*, *taz*) als auch von den ökonomischen Eigeninteressen (*Welt*) abhängt. Ihre Ergebnisse zeigen darüber hinaus, dass in der Berichterstattung über die Online-Aktivitäten von ÖRM häufig die Perspektive der kommerziellen Medienanbieter vermittelt wird, beispielsweise mit Blick auf den Wettbewerb oder Marktanteile. Vor allem *taz* und *Welt* ließen „nur wenig[e] Akteursgruppen mit starken Eigeninteressen [zu Wort kommen, Anm. d. A.]“, was die Annahme stützt, dass opportune Akteure (die die Redaktions- und Verlagsposition unterstützen) als Debattensprecher eher Beachtung finden als andere“ (S. 159). Die Ergebnisse unterstreichen ferner, dass die Diskussion über die Online-Aktivitäten der ÖRM vor allem von ihnen selbst und kommerziellen Medienanbietern geführt wird, während Expert*innen, politische Akteur*innen, Vertreter*innen unabhängiger Gremien und Akteur*innen der Zivilgesellschaft eine vergleichsweise geringe Rolle spielen (Maier & Dogruel, 2016, S. 158–159). Eine interessengeleitete Berichterstattung hatte bereits eine frühe quantitative Inhaltsanalyse von Weiß (1985) zur Tendenz der Berichterstattung und Kommentierung der damaligen Rundfunkneuordnung gezeigt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass in der Presse tendenziell und vor allem in Meinungsbeiträgen kritisch über ÖRM berichtet wird und dies vor allem mit den eigenen medienpolitischen Interessen der privatwirtschaftlichen Presse erklärt wird (z. B. Löblich, 2011; Maier & Dogruel, 2016). Grundlegend unterschätzt und auch nur unzureichend empirisch betrachtet (und z. B. nur als Moderator konzeptualisiert, siehe Maier & Dogruel, 2016) wurde dabei allerdings die politische Ausrichtung von Medienorganisationen. Denn wie oben argumentiert (siehe Campos Rueda, 2023, S. 3847), verlaufen Einstellungen gegenüber ÖRM entlang einer politischen Links-Rechts-Dimension, was sich auch in Publikumsbefragungen widerspiegelt (z. B. Schulz et al., 2019; Urbániková et al., 2025). Es erscheint daher plausibel, dass sich die Berichterstattung kommerzieller Medien über ÖRM, insbesondere dann, wenn sie ökonomisch nur indirekt betroffen sind, vor allem im Einklang mit der politischen Ausrichtung und damit anhand einer Links-Rechts-Dimension unterscheidet – auch um den vermeintlichen oder tatsächlichen Einstellungen ihres Publikums zu entsprechen (Hagen, 1992, S. 457; Jarren, 1998, S. 624).

3. Interessengeleitete Berichterstattung durch opportune Zeug*innen

Eine politisch beeinflusste Berichterstattung kann sich dabei nicht nur explizit durch Meinungsbeiträge manifestieren, sondern auch durch andere Darstellungsformen, die sich durch eine stärkere Trennung von Meinung und Nachricht auszeichnen. Hier können die Bewertungen impliziter durch die Auswahl bestimmter

Themen oder Argumente erfolgen (Löblich, 2011, S. 425), wodurch die entsprechenden Beiträge „oberflächlich neutral [wirken, Anm. d. A.], im Detail aber mit ‚versteckten‘ Argumenten arbeiten“ (Kemner et al., 2008, S. 72).

Das Phänomen, das im Rahmen dieser tendenziell verdeckten, interessengeleiteten Berichterstattung relevant wird, ist das Konzept der opportunen Zeugen, das der News-Bias-Forschung (Hagen, 1992) und damit auch dem Ansatz des politischen Parallelismus (z. B. Kösters et al., 2021, S. 466) zuzuordnen ist. Das Konzept der opportunen Zeugen kann als Weiterentwicklung des Ansatzes der Instrumentellen Aktualisierung (Kepplinger et al., 1991) gelten (Bachl & Vögele, 2013, S. 347), bei dem in publizistischen Konflikten über bestimmte Ereignisse und Themen (nicht) berichtet wird und die so die wirtschaftliche und/oder politische Position des Medienhauses stützen. Das Konzept der opportunen Zeugen dagegen fokussiert sich weniger auf die Ereignisse und Themen, sondern auf die Personen und ihre Argumente, die in der Berichterstattung aufgegriffen werden. Im Kern lässt sich das Vorhandensein opportuner Zeug*innen dadurch nachweisen, dass Medienangebote „mehr Argumente solcher Gruppen und Personen veröffentlich[en], die im Sinne ihrer redaktionellen Linie argument[ieren]“ (Hagen, 1992, S. 456).

Dabei lassen sich zwei Konstruktionsprinzipien unterscheiden (Hagen, 1992, S. 449). Das erste Konstruktionsprinzip besteht darin, dass Medienangebote bestimmte Argumente, die der politischen Ausrichtung oder den Verlegerinteressen entsprechen, systematisch bevorzugen – unabhängig davon, von wem sie stammen (Argumentebene). Das zweite Konstruktionsprinzip besteht darin, dass Medienangebote systematisch die Argumente bestimmter Gruppen bevorzugen, die der generellen politischen Ausrichtung des Blattes entsprechen – unabhängig von der Richtung der konkreten Argumente (Akteursebene).

Seit der Pionierstudie von Hagen (1992) wurde das Konzept häufig herangezogen, um News-Bias in der (politischen) Berichterstattung zu untersuchen (z. B. Anter, 2021; Kemner et al., 2008; für eine Übersicht: siehe Bachl & Vögele, 2013, S. 349). Dabei unterscheiden jedoch nur wenige Studien zwischen den beiden Konstruktionsprinzipien (Anter, 2021, S. 401; Bachl & Vögele, 2013, S. 348). Die wenigen Studien, die beide Konstruktionsprinzipien untersuchen, stellen dabei tendenziell fest, dass sich das Vorhandensein opportuner Zeug*innen eher in der Auswahl der Akteur*innen (Konstruktionsprinzip 2), denn in der Auswahl der Argumente (Konstruktionsprinzip 1) zeigt (z. B. Bachl & Vögele, 2013, S. 360; Hagen, 1992, S. 455–456; beide Konstruktionsprinzipien finden sich bei Kemner et al., 2008).

Fokussiert man sich auf die Messung von Konstruktionsprinzip 1, so werden in Studien, die mit dem Konzept arbeiten, in der Regel publizistische oder medienpolitische Konflikte analysiert, die sich klar in zwei politische Lager einteilen lassen oder bei denen die Argumente in positive und negative (und teilweise neutrale) Kategorien fallen. Beispiele für sachpolitische Konflikte sind Debatten über die Volkszählung, bei denen man für oder gegen sie argumentiert (Hagen, 1992), oder die Bewertung von Kriegen, die positiv oder negativ ausfallen kann (Maurer et al., 2008) oder die positive oder negative Bewertung von bestimmten Parteien und ihren Kandidat*innen (Brettschneider & Wagner, 2008). Beispiele für untersuchte medienpolitische Konflikte stellen etwa die Debatte um die Übernahme von Pro-

SiebenSat.1 durch die Axel Springer SE (Kemner et al., 2008) oder die Online-Aktivitäten von ÖRM (Maier & Dogruel, 2016) dar, bei denen auch jeweils Pro- und Kontra-Positionen von Medien (als vermittelnde Akteure) und den von ihnen zitierten Argumentträger*innen (als vermittelten Akteur*innen) eingenommen werden können. Seltener wurden mit der theoretischen Perspektive der opportunen Zeugen allerdings vielschichtigere (medienpolitische) Konflikte und Skandale untersucht, die sich auf Argumentebene nicht in einfache Pro- und Kontra-Tendenzen einteilen lassen, sondern bei denen mehrere Krisendeutungen bestehen (Scheufele et al., 2023). Zwar wird bei Skandalberichterstattung – als Unterkategorie von publizistischen Konflikten – der Skandal in der Regel negativ bewertet (Bachl & Vögele, 2013, S. 347). Allerdings nehmen sowohl vermittelnde als auch vermittelte Akteur*innen hier durchaus unterschiedliche Positionen ein, die über eine dichotome beziehungsweise ordinale Bewertung hinausgehen und unterschiedliche Kritikpunkte und Reformforderungen/Konsequenzen akzentuieren.

Konstruktionsprinzip 2 lässt sich durch eine „häufigere Zitation jener Urheber(gruppen), deren generelle Haltung der redaktionellen Linie entspricht“ (Anter, 2021, S. 400) nachweisen. Einige Studien (z. B. Bachl & Vögele, 2013) operationalisieren Konstruktionsprinzip 2, indem sie erheben, wie a) unterschiedliche Akteur*innengruppen und b) unterschiedliche Medienangebote einen Konflikt bewerten, um dann zu prüfen, ob Medienangebote selektiv jene Akteur*innen häufiger zitieren, die ihre Bewertung teilen. Dieses Vorgehen setzt jedoch voraus, dass sich die Bewertungen klar mindestens ordinal codieren lassen (siehe Kritik oben). Fokussiert man entsprechend auf vielschichtigere Konflikte und Skandale, lässt sich die Übereinstimmung der Haltung einer Akteursgruppe und eines Medienangebots nicht konsequent bestimmen. Zwar lässt sich auch in vielschichtigeren Konflikten noch erheben, welche Akteursgruppen über- oder unterdurchschnittlich häufig zitiert werden. Ob dies jedoch – im Sinne des Konzepts der opportunen Zeugen – auf eine inhaltliche oder ideologische Nähe zwischen Medienangebot und Akteursgruppe zurückgeht, lässt sich ohne eine zuvor festgelegte Zuordnung, welche Akteur*innen welcher Haltung entsprechen, nicht klar bestimmen. Auch deshalb wählen einige Autor*innen einen anderen Zugang zur Messung von Konstruktionsprinzip 2, indem sie vorab definieren, welche Akteur*innen der redaktionellen Linie eines Mediums entsprechen – sodass eine überdurchschnittliche Zitation dieser Akteur*innen als Hinweis auf das Zitieren opportuner Zeug*innen gewertet werden kann (z. B. bei Lichtenstein, 2011, S. 225–226; Lüter, 2004; implizit bei Engelmann, 2009).

4. Politiker*innen als opportune Zeug*innen

Ebenso wie Wissenschaftler*innen (siehe Anter, 2021) lassen sich Politiker*innen als opportune Zeug*innen in der Berichterstattung einsetzen. Aus theoretischer Perspektive (siehe Hagen, 1992, S. 457) sind sie dabei besonders geeignete opportune Zeug*innen, da ihre politischen Positionen öffentlich bekannt und relativ eindeutig entlang einer Links-Rechts-Dimension verortbar sind. Journalist*innen können sie daher gezielt einsetzen, um Themen im Sinne der politischen Ausrichtung ihres Mediums zu rahmen, ohne selbst eine explizite Position beziehen zu

müssen. Dennoch wurde ein Fokus auf Politiker*innen nur selten gewählt und entsprechend sind sie meist nur eine von mehreren Akteursgruppen, deren systematische Bevorzugung oder Nicht-Nennung analysiert wird. Lüter (2004, S. 176) ist dabei einer der wenigen, der sich auf politische Parteien konzentriert und ein Zitieren opportuner Zeug*innen annimmt, wenn „die konservativen Zeitungen die konservativen Parteien besonders hervorheben und die linken Blätter die linken Parteien besonders ins Licht rücken“. – Eine These, die er jedoch mit Kommentaren deutscher Qualitätszeitungen nicht nachweisen kann.

Überraschenderweise findet sich ein Fokus auf Politiker*innen auch nicht bei der Berichterstattung über medienpolitische Konflikte – und das, obwohl Politiker*innen sowohl zentrale Akteur*innen bei medienpolitischen Entscheidungen als auch bei medienpolitischer Kommunikation sind (Jarren, 1998, S. 624).

Auch methodisch lässt sich durch die Fokussierung auf Politiker*innen in Anlehnung an die oben entwickelte Argumentation und in Anlehnung an Lüter (2004) vorab relativ schlüssig festlegen, wann das Konstruktionsprinzip 2 und damit eine systematische Bevorzugung oder Nicht-Nennung im Einklang mit dem Konzept der opportunen Zeugen angenommen wird.

Schlussendlich spricht auch das oben bereits entwickelte Argument für einen spezifischen Fokus auf Politiker*innen: Da Einstellungen gegenüber ÖRM zumindest im Publikum entlang einer politischen Links-Rechts-Dimension verlaufen (Campos Rueda, 2023; Schulz et al., 2019), erscheint es naheliegend, dass Journalist*innen – bewusst oder unbewusst – Politiker*innen zitieren, deren politische Positionen mit der redaktionellen Linie ihres Mediums übereinstimmen.

5. Der rbb-Skandal als Fallbeispiel und Katalysator in der medienpolitischen Debatte um ÖRM

Fokussiert man sich indes auf die Berichterstattung über ÖRM, so ist festzustellen, dass diese – aufgrund der Tatsache, dass es sich um ein medienjournalistisches Thema handelt – als „diskontinuierlich und im Hinblick auf die Platzierungsmöglichkeiten verstreut“ (Krüger & Müller-Sachse, 1998, S. 18) beschrieben werden kann. Stattdessen braucht es in der Regel sogenannte „themenexterne Selektionskriterien“ (Krüger & Müller-Sachse, 1998, S. 18), damit ein medienjournalistisches und -politisches Thema kontinuierlich von klassischen Medien aufgegriffen wird. Medienskandale, d. h. „scandals revolving around the behavior of media practitioners or media organizations“ (Geiß, 2017, S. 5) können dabei als Beispiel für solche themenexternen Selektionskriterien verstanden werden, durch die sich die Intensität der Berichterstattung erhöhen kann. Im Kontext der Berichterstattung über ÖRM ist vor allem der sogenannte rbb-Skandal relevant (Scheufele et al., 2023). Im Einklang mit der Literatur zu Skandalberichterstattung (Kepplinger, 2018, S. 39) kann dabei nicht nur angenommen werden, dass sich im Kontext des Skandals die Berichterstattung intensiviert hat, sondern auch, dass der Skandal die Debatte um Reformforderungen bei ÖRM vorangetrieben hat (siehe z. B. die Einsetzung des Zukunftsrats, Jäkel et al., 2024).

Im Mittelpunkt des rbb-Skandals im Sommer 2022 standen Vorwürfe der Vetterwirtschaft und Mittelverschwendung (Scheufele et al., 2023). Die damalige Intendantin Patricia Schlesinger soll unter anderem umstrittene Beraterverträge abgeschlossen und Boni angenommen haben (Deutschlandfunk, 2022). Im gleichen Sommer wurden mehrfach Vorwürfe gegen den Norddeutschen Rundfunk (NDR) laut, wie im Landesfunkhaus Schleswig-Holstein, in denen es um Machtmissbrauch der dortigen Leitungsebene ging (NDR, 2022). Die Anschuldigungen gegen Schlesinger wegen unangemessener Vergütungen von ihr selbst und weiteren Führungskräften, Vetterwirtschaft und daraus resultierende Ermittlungen wegen Vorteilsannahme und Untreue führten zu ihrer fristlosen Entlassung als Intendantin durch den Verwaltungsrat, kurz zuvor trat sie als ARD-Vorsitzende zurück (Deutschlandfunk, 2022).

Auch wenn der rbb-Skandal als Katalysator im Hinblick auf Intensität der Berichterstattung und Reformforderungen gelten kann, besteht die medienpolitische Debatte um Reform, Auftrag und Legitimation der ÖRM nicht erst seit Bekanntwerden der Vorwürfe beim rbb, sondern wird schon seit Jahren mehr oder weniger intensiv geführt (Herzog et al., 2018; Scheufele et al., 2023, S. 11). Dabei spiegeln sich in den medienpolitischen Positionen zu ÖRM – nicht nur in Deutschland – auch grundlegende ideologische Differenzen wider (Cushion, 2019, S. 70; Jakubowicz, 2011; Karppinen & Ala-Fossi, 2018): eine marktliberale Position, die vor allem von Parteien der politischen Mitte bis Mitte-Rechts vertreten wird, und eine sozialstaatliche Position, die vor allem im Mitte-Links-Lager befürwortet wird (Campos Rueda, 2023; Donders & van den Bulck, 2013). Vor diesem Hintergrund ist auch eine unterschiedliche Berichterstattung durch kommerzielle Medien denkbar, die mit ihrer jeweiligen Blattlinie im Einklang steht. Darauf verweist auch die Literatur zur Skandalberichterstattung: „Die redaktionellen Linien der Medien und die Einstellungen und Meinungen der Journalisten besitzen einen Einfluss auf den Grad der Skandalisierung von Missständen“ (Kepplinger, 2018, S. 40). Skandalberichterstattung ist zwar häufig so angelegt, dass medial über die verschiedenen Medienmarken hinweg (fast) ausschließlich Kritik geäußert wird, dennoch unterscheiden sich beispielsweise Gewichtung, aber auch die Tendenz der Berichterstattung zum Teil deutlich je nach redaktioneller Linie (siehe Kepplinger, 2018, S. 40; Stumvoll & Vögele, 2021). Entsprechend sind hier dann vor allem Kritikintensität, die Kritikdimensionen und die Argumentation der Medienmarken sowie auch deren zitierte Akteur*innen relevant.

6. Forschungsfragen

Aufbauend auf dem bisherigen Forschungsstand zur Berichterstattung über ÖRM und den ideologischen Differenzen in der medienpolitischen Auseinandersetzung mit ÖRM, dem Konzept der opportunen Zeugen sowie der Forschungslücke, dass die Berichterstattung kommerzieller Medien über ÖRM abseits von sehr konkreten ökonomischen Interessen bislang nur unzureichend in den Blick genommen wurde, hat diese Studie das Ziel, zu klären, ob und inwiefern sich in der Berichterstattung über ÖRM das Vorhandensein opportuner Zeug*innen zeigt. Unter-

sucht wird dies am Beispiel des rbb-Skandals, der sich besonders als Untersuchungsgegenstand eignet, da er 1) als Skandal die Medienberichterstattung über ÖRM intensiviert hat (Kepplinger, 2018, S. 39), 2) die Debatte um Reformen von ÖRM als Katalysator vorangetrieben hat (z. B. Jäkel et al., 2024; Scheufele et al., 2023) und 3) – anders als bei Debatten um Online-Aktivitäten (z. B. Löblich, 2011; Maier & Dogruel, 2016) – hier keine konkreten, sich zwischen Medien unterscheidenden ökonomischen Eigeninteressen wirksam werden.

Dabei unterscheiden wir in Anlehnung an Hagen (1992) zwischen zwei Konstruktionsprinzipien, der systematischen Bevorzugung oder Nicht-Nennung bestimmter Akteur*innen (Akteursebene, Konstruktionsprinzip 2) beziehungsweise der systematischen Bevorzugung oder Nicht-Nennung bestimmter Argumente (Argumentebene, Konstruktionsprinzip 1) und fokussieren uns auf Ebene der vermittelten Akteur*innen insbesondere auf Politiker*innen, die sich klaren politischen Linien zuordnen lassen und in der medienpolitischen Debatte um ÖRM eine besondere Rolle einnehmen. Konkret stellen wir folgende Forschungsfragen:

*FF1: Welche Personen und Gruppen kommen in der Debatte um ÖRM in den (Print)Medien zu Wort? In welchem Ausmaß werden politische Sprecher*innen zitiert? (vermittelte Akteur*innen)*

*FF2: Welche politischen Parteien repräsentieren die politischen Sprecher*innen und inwiefern stimmt dies mit der politischen Ausrichtung der (Print-)Medien überein? (Akteursebene, Konstruktionsprinzip 2)*

FF3: Welche a) Kritik und b) Reformforderungen kommen in den einzelnen (Print)Medien zu Wort? (Argumentebene, Konstruktionsprinzip 1)

*FF4: Welche a) Kritik und b) Reformforderungen äußern die politischen Sprecher*innen?*

7. Methode

Mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse mit qualitativen Elementen wurden Artikel zu Zustand, Reformen und Skandalen von ÖRM in Deutschland analysiert. Für die Analyse wurden – einer bewussten Auswahl folgend – sieben überregionale Medienangebote ausgewählt, die sich durch ihre Reichweite und unterschiedliche politische Ausrichtungen auszeichnen und aufgrund ihrer bundesweiten Ausstrahlung als Leitmedien gelten können. Das Sample umfasste überregionale Qualitätszeitungen, eine überregionale Boulevardzeitung, Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazine, da ihnen ein großer Einfluss auf andere Medien und die öffentliche Debatte zugesprochen wird (Jarren & Vogel, 2011), während lokale Zeitungen und Online-Nachrichtenportale explizit nicht berücksichtigt wurden. Lokale und regionale Zeitungen besitzen zumeist keine eigenen medienjournalistischen Seiten im Blatt, sodass wenig Vergleichbarkeit zur überregionalen Presse gegeben ist und medienpolitische Themen hier nicht zwangsläufig thematisiert werden (Haarkötter & Kalmuk, 2021, S. 16). Aus

Gründen der Vergleichbarkeit haben wir uns ebenso entschieden, auf Online-Nachrichtenportale in unserer Erhebung zu verzichten, da Nachrichten auf Websites – im Gegensatz zu Printerzeugnissen – ständig veränderbar sind und dadurch auch die Auffindbarkeit von Artikeln beeinträchtigt ist.

Entsprechend wurden thematisch relevante Artikel von *Bild* (Boulevardzeitung, konservativ²), *Welt* (Qualitätszeitung, konservativ), *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ, Qualitätszeitung, konservativ-liberal), *Süddeutsche Zeitung* (SZ, Qualitätszeitung, linksliberal), *Spiegel* (Magazin, linksliberal) und *die tageszeitung* (*taz*, Qualitätszeitung, linksalternativ) vom 23. Juni 2022 bis 31. Januar 2023³ analysiert. Der Beginn des Untersuchungszeitraums ist der Tag, an dem das Wirtschaftsmagazin *Business Insider*⁴ die Vorwürfe über die ehemalige rbb-Intendantin Patricia Schlesinger veröffentlichte und somit die Debatte um Reformen der ÖRM (erneut) aktualisierte. Aufgrund seiner besonderen Rolle in der Berichterstattung wurde zusätzlich der *Business Insider* in die Analyse aufgenommen.

Zur Identifizierung der thematisch einschlägigen Artikel wurden entsprechende Datenbanken⁵ mit spezifischen Suchanfragen genutzt.⁶ Die Ergebnisse wurden gesichtet und daraufhin bewertet, ob sie dem Zugriffskriterium entsprachen, das heißt, ob sich der Artikel mit (Struktur-)Kritik, Reformen und Skandalen von ÖRM in Deutschland befasste, was zu $N = 543$ Artikeln führte (siehe Tabelle 1). Anschließend erfolgte eine Vollerhebung der Artikel.

Die Codierung der Beiträge erfolgte in einem dreistufigen Verfahren. (1) Zunächst wurden in Anlehnung an die Lasswell-Formel (Lasswell, 1948) alle direkten und indirekten Sprecher*innen in den Artikeln in einem ersten qualitativ ausgerichteten Schritt identifiziert (ähnlich zur Claim-Analyse, Adam, 2008; für ÖRM: Maier & Dogruel, 2016; siehe Tabelle 2).⁷ Dabei wurde verkürzt gefragt: Who says what about ÖRM? Die einzelnen Bestandteile der Codierung waren daher der*die Aussageträger*in (Who), die Funktion diese*r Aussageträger*in und die Aussage selbst (What about ÖRM). Entscheidend für die Identifikation einer Person oder einer Institution als Aussageträger*in war die Verwendung eines sprechaktäußernden Verbs oder Wörter, die eine Positionierung oder Einstellung ausdrückten. Dazu zählten zum Beispiel Verben wie „sagen“, „fordern“, „meinen“, „behaupten“, „kritisieren“ oder „halten“. Auch Präpositionen wie

2 Einteilung der politischen Ausrichtung in Anlehnung an Teschendorf et al. (2024).

3 Das Enddatum des Analysezeitraums wurde gewählt, da die monatliche Publikationsfrequenz im Januar 2023 auf unter 50 Artikel sank. Zum Vergleich: In der Hochphase im August 2022 wurden insgesamt 188 Artikel veröffentlicht.

4 Eine politische Verortung des *Business Insider* ist bislang wissenschaftlich fundiert nicht möglich, da entsprechende Inhaltsanalysen fehlen. Allerdings ist das Medium Teil des Axel-Springer-Konzerns.

5 LexisNexis (*taz*, *Bild* *BUND*), SZ Library Net (SZ), F.A.Z. BiblioNet (FAZ) sowie wiso-net.de (*Der Spiegel*, *Die Welt*, *Business Insider*)

6 Der Suchstring lautete: (Reform* OR vorwurf OR vorwürfe OR skandal* OR schlesinger OR grem* OR verwaltungsrat OR rundfunkrat OR rundfunkkommission OR zukunft * OR staatsfunk OR zwang* OR gebühr* OR GEZ) AND öffentlich-rechtlich* OR ARD OR ZDF OR rundfunk b) Staatsfunk und c) Zwangsgebühren

7 Da durch die fehlende Quantifizierung kein Pre- bzw. Reliabilitätstest gerechnet werden konnte, wurde in Anlehnung an die Empfehlungen von Scholl (2016, S. 28) ein Pretest mit den sieben Codierer*innen durchgeführt und die Codierungen auf ihre Konsistenz überprüft.

„laut“ oder Aussagen wie „Nach Angaben von“ waren bei der Identifikation von Aussagenträger*innen relevant.

Tabelle 1. Sample

	Anzahl der Artikel (%)
FAZ	184 (34)
SZ	99 (18)
Welt	78 (14)
taz	72 (13)
Bild	50 (9)
Business Insider	49 (9)
Spiegel	11 (2)
Gesamt	543 (100)

Anmerkung. Abweichungen von 100 % entstehen durch Rundungen.

Tabelle 2. Codierschema in Schritt 1 der Codierung

Aussagenträger*in	Funktion	Aussage
Christian Lindner	Finanzminister, FDP	„Finanzminister Christian Lindner (43, FDP) forderte in BILD am SONNTAG einen Gehaltsdeckel für Senderchefs. Niemand solle mehr als der Kanzler verdienen“

(2) Anschließend wurden die jeweiligen Funktionen der Sprecher*innen (2. Spalte in Tabelle 2) mit Hilfe eines induktiv-deduktiv entwickelten Codebuchs von drei Forscher*innen quantifiziert.⁸ Nach der Erstellung des Codebuchs und einer Schulung der drei Personen wurden in Anlehnung an die Vorgaben von Früh (2017, S. 180) an 32 Sprecher*innen aus zwölf zufällig ausgewählten Artikeln aus der Stichprobe ein Reliabilitätstest mit zufriedenstellenden Ergebnissen (Krippendorffs- $\alpha = .89$) durchgeführt. Während der Quantifizierung der Sprecher*innen wurde zwischen verschiedenen (Berufs-)Gruppen unterschieden, beispielsweise Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von ÖRM, Staatsorgane und Institutionen, Bürger*innen und Politiker*innen. Im Rahmen der Codierung der politischen Akteur*innen wurde ihre Parteizugehörigkeit erfasst.⁹

8 Die hier relevante Kategorie (Funktion der Aussagenträger*innen) hatte mehr als 300 Ausprägungen (z. B. CDU-Politiker*in, Rundfunkrat NDR, Mitarbeiter*in WDR etc.). Mehrfachcodierungen waren möglich.

9 Es wurde sich bei der Codierung lediglich auf die im Text angegebenen Positionen fokussiert und keine weitere Hintergrundrecherche zur erwähnten Person durchgeführt. Teilweise wurden den Akteur*innen in den Artikeln mehrere Positionen gleichzeitig zugeschrieben, wie etwa Heike Raab, die sowohl als Medienstaatssekretärin in Rheinland-Pfalz als auch als Vorsitzende der Rundfunkkommission vorgestellt wurde. Beide Funktionen wurden codiert und quantifiziert.

(3) Im dritten Schritt wurden – um die Argumente der Politiker*innen zu untersuchen – die Artikel herausgefiltert, in denen politische Akteur*innen auftraten ($N = 166$). Da es sich bei der Debatte um ÖRM um ein vielschichtiges Thema mit diversen Krisendeutungen handelt (Scheufele et al., 2023), hätte eine dichotome beziehungsweise ordinale Codierung der Richtung der Argumente zu kurz gegriffen. Außerdem fallen diese bei Skandalberichterstattung ohnehin in der Regel negativ aus (Bachl & Vögele, 2013, S. 347). Daher wurden stattdessen die geäußerten Kritikpunkte und Reformforderungen analysiert. Dafür wurde ein weiteres Kategoriensystem angelegt, mit dem analysiert wurde, welche Kritikpunkte und Reformforderungen von den politischen Akteur*innen geäußert wurden. Die Kritikpunkte und Reformforderungen wurden in Anlehnung an die ersten beiden Arbeitsschritte zunächst qualitativ erfasst und von zwei Codierer*innen aus dem Forscher*innenteam quantifiziert. Die Kategorien ergaben sich sowohl deduktiv aus den Überlegungen von Scheufele et al. (2023) als auch induktiv aus dem Material und bezogen sich auf übergeordneter Ebene auf 1) Inhalte, 2) Personal, 3) Finanzierung, 4) Struktur und 5) Kontrolle. Auch hier wurde ein Pretest in Anlehnung an die Vorgaben von Fröh (2017, S. 180) anhand von 47 Statements in acht Artikeln durchgeführt ($K-\alpha_{\text{Kritik}} = .89$; $K-\alpha_{\text{Reform}} = .89$).

8. Ergebnisse

Mit Blick auf FF1 zeigen die Ergebnisse, dass ÖRM-Vertreter*innen (z. B. ÖRM-Mitarbeitende oder Intendant*innen), die dominierenden Stimmen in der Debatte über ÖRM sind, wobei sich hier signifikante medien spezifische Unterschiede in der Häufigkeit des Vorkommens zeigen (siehe Tabelle 3). In der *SZ* und im *Business Insider* kommen deutlich mehr ÖRM-Vertreter*innen zu Wort, während in der *Welt* und der *FAZ* deutlich weniger ÖRM-Vertreter*innen als erwartet zu finden sind.

Deutlich weniger präsent sind dagegen andere Akteursgruppen in der Berichterstattung über ÖRM: Gremienvertreter*innen kommen in 20 % aller Artikel zu Wort. Vertreter*innen kommerzieller Medien sowie von Interessenverbänden äußern sich jeweils in nur 6 % der Artikel. Wissenschaftler*innen finden mit einem Anteil von lediglich 4 % am seltensten Gehör.

Politische Akteur*innen, die im Artikel fokussiert werden, kommen in knapp einem Drittel der Gesamtartikel (31%) zu Wort und stellen damit die zweitgrößte Akteursgruppe der Gesamtberichterstattung dar – und auch hier zeigen sich hochsignifikante medien spezifische Unterschiede. Hier zeigt sich ein ähnliches Muster: Während in der *SZ* und im *Business Insider* deutlich weniger Politiker*innen als erwartet vorkommen, werden in der *FAZ*, der *Bild* und der *Welt* deutlich mehr politische Sprecher*innen zitiert als erwartet.

Konzentriert man sich ausschließlich auf die Artikel, in denen politische Akteur*innen erwähnt werden, zeigt sich mit Blick auf FF2 (Akteursebene), dass die CDU/CSU insgesamt die bedeutendste Rolle in der Berichterstattung spielt und sich in 72 der 166 Artikel, in denen politische Akteur*innen zu Wort kommen, äußert (siehe Abbildung 1). Darauf folgen Sprecher*innen von SPD (45 Artikel) und FDP (36 Artikel). Grüne, AfD und Linke kommen jeweils nur in weniger als 15 Artikeln zu Wort.

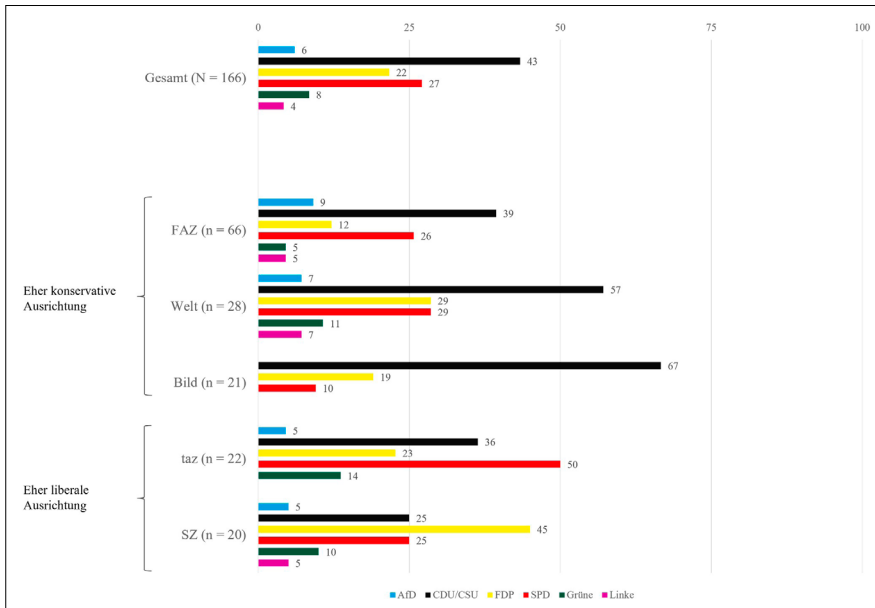
Tabelle 3. Anteile der Sprecher:innen nach Artikel (in Prozent)

	Gesamt (N = 543)	FAZ (n = 184)	SZ (n = 99)	Welt (n = 78)	taz (n = 72)	Bild (n = 50)	Business Insider (n = 49)	Spiegel (n = 11)	$\chi^2(6)$	p
ÖRM-Vertreter*innen	60	58	68	50	56	58	78	73	13.66	< .05
Politiker*innen	31	36	20	36	31	42	12	27	19.38	< .01
Gremienvertreter*innen	20	21	23	13	21	10	24	27	7.16	.28
Institutionen	11	11	19	12	7	6	8	0	11.02	.09
Interessensverbände	6	5	5	5	10	16	0	9	13.21	< .05
Kommerzielle Medien	6	5	8	4	4	6	4	9	2.40	.88
Wissenschaftler*innen	4	5	5	5	0	8	2	0	6.51	.37

Anmerkungen. Da in einem Artikel mehr als eine Kategorie von Sprecher*innen auftreten konnte, ergibt die Summe der Prozente mehr als 100 %. Lesebeispiel: In 58 % der 184 Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* kommen ÖRM-Vertreter*innen zu Wort.

Medienspezifische Unterschiede im Vorkommen der Parteien zeigen sich nur in der Präsenz der CDU/CSU, $\chi^2(6) = 24.82$, $p < .01$ (Bonferroni korrigiert¹⁰), $Cramer V = .21$. Auffällig ist, dass die CDU/CSU in allen tendenziell konservativ ausgerichteten Medien jeweils am häufigsten zu Wort kommt (FAZ: 26 Artikel; Welt: 16 Artikel; Bild: 14 Artikel). Umgekehrt scheint die taz vor allem SPD-Politiker*innen abzubilden, während die SZ vor allem FDP-Politiker*innen zitiert. Die medienspezifischen Unterschiede im Vorkommen anderer Parteien als der CDU/CSU sind jedoch nicht signifikant.¹¹

Abbildung 1. Präsenz der politischen Parteien in den analysierten Printmedien (Angaben in Prozent)



Anmerkungen. n = Artikel, in denen politische Akteur*innen auftreten. Da pro Artikel mehrere Parteien vorkommen konnten, summieren sich die Prozentwerte auf über 100 %. Um Fehlinterpretationen aufgrund niedriger Fallzahlen zu vermeiden, werden *Business Insider* und *Spiegel* mit nur 6 bzw. 3 Artikeln, in denen Politiker*innen auftreten, nicht dargestellt.

Mit Blick auf FF3a (Argumentebene Kritik) und die geäußerte Kritik, die in den verschiedenen Medien vorkommt, lassen sich zwar Muster erkennen, wie der Fokus auf personelle Kritik (z. B. das Fehlverhalten der ÖRM-Führung oder die Gehälter der Angestellten) in allen untersuchten Medien sowie ein verhältnismäßig großer Anteil von Strukturkritik in der *Bild*-Zeitung (siehe Tabelle 4). Allerdings sind diese Unterschiede nicht signifikant, was dagegen spricht, dass die untersuchten Medien bestimmte politische Positionen gegenüber ÖRM systematisch bevorzugen oder benachteiligen.

10 Da das Vorkommen der verschiedenen Sprecher*innen von SPD, CDU/CSU etc. als Mehrfachantwort dichotom pro Artikel codiert wurde, wurde die Bonferroni-Korrektur angewendet, um einen kumulierten Alpha-Fehler zu vermeiden.

11 SPD: $\chi^2(6) = 9.95$, $p = .13$; Grüne: $\chi^2(6) = 5.63$, $p = .47$; FDP: $\chi^2(6) = 5.63$, $p = .47$; AfD: $\chi^2(6) = 4.8$, $p = .57$; Linke: $\chi^2(6) = 3.18$, $p = .79$

Tabelle 4. Abgebildete Kritik von Politiker*innen nach Medienorganisation

	FAZ		Welt		Bild		SZ		taz		Spiegel		Business Insider		Gesamt	
	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>N</i>	%
Personelle Kritik	27	36	12	35	6	38	8	67	7	58	1	33	1	50	62	41
Strukturkritik	11	15	8	24	5	31	-	-	3	25	-	-	-	-	27	18
Kritik an Kontrolle	10	14	4	12	3	19	-	-	-	-	-	-	-	-	17	11
Inhaltliche Kritik	5	7	5	15	1	6	2	17	1	8	2	67	-	-	16	11
Finanzierung	8	11	1	3	-	-	1	8	1	8	-	-	-	-	11	7
Sonstiges	13	18	4	12	1	6	1	8	-	-	-	-	1	50	20	13
Gesamt	74	100	34	100	16	100	12	100	12	100	3	100	2	100	153	100

Anmerkungen. $\chi^2(30) = 35.47, p = .22$ (Monte-Carlo-Signifikanz¹²). Abweichungen von 100 % entstehen durch Rundungen. Basis: *N* = 166 Artikel.

12 Da die Voraussetzungen für ein asymptotisches Verfahren aufgrund zu geringer Zellhäufigkeiten nicht gegeben sind, wurde ein Monte-Carlo-Verfahren verwendet (Janssen & Laatz, 2013, S. 780).

Tabelle 5. Abgebildete Reformforderungen von Politiker*innen nach Medienorganisation

	FAZ		SZ		taz		Bild		Welt		Business Insider		Gesamt	
	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>N</i>	%
Personelle Reformen	31	36	12	23	9	25	6	32	4	31	3	27	65	30
Reformen der Kontrolle	27	31	4	8	8	22	6	32	2	15	4	36	51	23
Strukturreform	12	14	14	26	9	25	5	26	4	31	1	9	45	21
Finanzierungsreform	6	7	8	15	4	11	1	5	1	8	-	-	20	9
Inhaltliche Reformen	3	3	8	15	2	6	1	5	2	15	2	18	18	8
Sonstiges	8	9	7	13	4	11	-	-	-	-	1	9	20	9
Gesamt	87	100	53	100	36	100	19	100	13	100	11	100	219	100

Anmerkungen. $\chi^2(25) = 32.88, p = .13$ (Monte-Carlo-Signifikanz). Im *Spiegel* wurden keine Reformforderungen geäußert. Abweichungen von 100 % entstehen durch Rundungen. Basis: *N* = 166 Artikel.

Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich bei den abgebildeten Reformforderungen (FF3b, Argumentebene Reform). Hier lässt sich ein Fokus auf personelle Veränderungen und Reformen sowie auf Reformen der Kontrolle feststellen, wobei diese in unterschiedlichen Medienorganisationen unterschiedlich stark akzentuiert werden. So werden in der *SZ* und der *Welt* beispielsweise nach den Reformen auf Personalebene vor allem Strukturreformforderungen abgebildet, während in der *FAZ* und in der *Bild-Zeitung* der Fokus tendenziell auf Reformen der Kontrolle liegt. Allerdings sind auch hier die Unterschiede nicht signifikant (siehe Tabelle 5).

Hinsichtlich FF4a und der Kritikpunkte und Reformforderungen der politischen Sprecher*innen wird deutlich, dass sich die 153 kritischen Äußerungen am häufigsten auf das Personal und damit verwandte Themen verteilen (siehe Tabelle 6). Insgesamt 62-mal äußern politische Sprecher*innen – vor allem solche von CDU/CSU und SPD – Kritik an der Personalpolitik der ÖRM. Dabei handelt es sich jedoch nicht nur um Entscheidungen aus dem Human-Resources-Bereich, sondern inkludiert ebenso Fehlverhalten einzelner Mitarbeiter*innen sowie andere Aspekte, die im Zusammenhang mit dem Personal stehen, wie Personalkosten oder Hierarchien. Hier ist festzustellen, dass die meiste Kritik auf das Fehlverhalten einzelner Führungspersönlichkeiten (insbesondere an Patricia Schlesinger), aber auch auf die Höhe der Gehälter entfällt. Ein weiterer großer Kritikbereich, den vor allem CDU/CSU und FDP adressieren, befasst sich mit den etablierten Strukturen in ÖRM. Hier wurde von den zu Wort kommenden Personen auf Doppelstrukturen innerhalb der Medienhäuser verwiesen. Zudem befasst sich die Kritik in dieser Kategorie stark mit Wettbewerbsverzerrungen durch Rundfunkbeiträge, Kritik an (fehlenden) Complianceregeln und (fehlender) Transparenz. Eine weitere Untergruppe der Kritik, die Politiker*innen äußerten, befasst sich mit der Kritik an der Kontrolle. Darunter fallen Kategorien wie etwa die Qualität der Kontrolle, die fehlende Unabhängigkeit der Kontrolle, aber auch die Arbeit der Gremien. Inhaltliche Kritik äußern politische Sprecher*innen und kritisieren, zum Beispiel, die Neutralität und Unabhängigkeit der Inhalte, aber auch Kritik an (Einzel-)Programmen und Sendungen. Am häufigsten äußert die CDU/CSU konkrete Kritik an den ÖRM, danach folgen FDP- und SPD-Vertreter*innen. AfD, Grüne und Linke spielen zumindest mit Blick auf geäußerte ÖRM-Kritik im untersuchten Sample kaum eine Rolle.

Tabelle 6. Geäußerte Kritik nach Parteizugehörigkeit

	CDU/CSU		FDP		SPD		AfD		Grüne		Linke		Unspezifisch und Sonstiges*		Gesamt	
	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>N</i>	%
Personelle Kritik	22	48	10	29	17	68	4	44	2	40	-	-	7	22	62	41
Strukturkritik	10	22	10	29	2	8	1	11	-	-	1	100	3	9	27	18
Kritik an Kontrolle	2	4	3	9	2	8	2	22	1	20	-	-	7	22	17	11
Inhaltliche Kritik	6	13	3	9	-	-	1	11	1	20	-	-	5	16	16	11
Finanzierung	2	4	4	11	3	12	1	11	-	-	-	-	1	3	11	7
Sonstiges	4	9	5	14	1	4	-	-	1	20	-	-	9	28	20	13
Gesamt	46	100	35	100	25	100	9	100	5	100	1	100	32	100	153	100

Anmerkungen. $\chi^2(30) = 44.38, p = .042$ (Monte-Carlo-Signifikanz), *Cramer V* = 0.24. *Politische Sprecher*innen wurden ohne Parteizugehörigkeit genannt. Abweichungen von 100 % entstehen durch Rundungen. Basis: *N* = 166 Artikel.

Mit Blick auf FF4b werden vor allem personelle Reformen, darunter auch konkrete personelle Konsequenzen, gefordert – diese machen insgesamt 31 % der Reformforderungen aus und spielen vor allem bei FDP und CDU/CSU eine große Rolle (siehe Tabelle 7). Danach folgen Forderungen nach Reformen der Kontrolle in ÖRM. Diese werden insgesamt 50-mal genannt und beinhalten zum Beispiel Forderungen nach Stärkung und Professionalisierung der Gremien sowie Verbesserung der Kontrollsysteme. Reformen der Kontrolle werden insbesondere von SPD-Vertreter*innen vorgeschlagen. Auch Forderungen nach generellen Struktur-reformen finden sich in den Artikeln – sie machen etwa ein Fünftel aller Reformforderungen aus und setzen sich aus Forderungen nach generellen Strukturreformen, einer Zusammenlegung beziehungsweise Neustrukturierung von Anstalten sowie mehr anstaltsübergreifender Zusammenarbeit zusammen. Solche struktur-bezogenen Reformforderungen machen ein Drittel der Reformforderungen der FDP aus. In der Gesamtschau deutlich weniger relevant sind Vorschläge zu Finanzierungsreformen (z. B. mit Blick auf das KEF-Verfahren oder die Höhe der Beiträge) und anderen inhaltlichen Reformen (z. B. Fokus auf Informationsauftrag, Fokus auf Regionales). Auch mit Blick auf Reformforderungen zeigt sich erneut die große Bedeutung von FDP, CDU/CSU und SPD in der medienvermittelten Debatte um Reformen der ÖRM. AfD, Grüne und Linke dagegen spielen kaum eine Rolle.

Tabelle 7. Reformforderungen nach Parteizugehörigkeit

	FDP		CDU/CSU		SPD		AfD		Grüne		Linke		Unspezifisch und Sonstiges*		Gesamt	
	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>n</i>	%	<i>N</i>	%
Personelle Reformen	20	41	22	47	10	26	1	14	1	17	1	100	10	17	65	31
Reformen der Kontrolle	4	8	10	21	13	33	1	14	3	50	-	-	19	32	50	24
Strukturreform	14	29	7	15	5	13	1	14	2	33	-	-	13	22	42	20
Finanzierungsreform	7	14	4	9	1	3	2	29	-	-	-	-	5	8	19	9
Inhaltliche Reformen	4	8	3	6	4	10	-	-	-	-	-	-	6	10	17	8
Sonstiges	-	-	1	2	6	15	2	29	-	-	-	-	7	12	16	8
Gesamt	49	100	47	100	39	100	7	100	6	100	1	100	60	100	209	100

Anmerkungen. $\chi^2(35) = 53.36, p = .026$ (Monte-Carlo-Signifikanz), $V = 0.23$. *Politische Sprecher*innen wurden ohne Parteizugehörigkeit genannt. Abweichungen von 100 % entstehen durch Rundungen. Basis: $N = 166$ Artikel.

9. Diskussion und Fazit

In dieser Studie wurde untersucht, wie sieben deutsche (Print-)Medien mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung über Strukturreformen von ÖRM berichten. Dabei lag ein besonderer Fokus darauf, inwiefern politische Akteur*innen als opportune Zeug*innen in der Berichterstattung eingesetzt wurden und ob sich eine systematische Bevorzugung beziehungsweise Nicht-Nennung bestimmter politischer Parteien, Kritikpunkte oder Reformforderungen feststellen ließ. Als Untersuchungsgegenstand wurde der rbb-Skandal gewählt, da dieser sowohl die Berichterstattung über ÖRM deutlich intensiviert hat als auch als Katalysator für die Debatte um Reformforderungen diente. Zudem eignet sich der Skandal besonders gut, da im Gegensatz zu anderen medienpolitischen Themen kommerzielle Medien ökonomisch nur indirekt betroffen sind, was die Analyse politisch geprägter Berichterstattung erleichtert.

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen – ähnlich wie Maier und Dogruel (2016) –, dass in der Debatte rund um ÖRM hauptsächlich die Positionen von ÖRM-Vertreter*innen dargestellt und eingebunden werden (FF1). Gleichzeitig deutet das geringe Vorkommen von Vertreter*innen der privatwirtschaftlichen Medien in der Debatte darauf hin – und wie schon vorab argumentiert –, dass es sich bei der durch den rbb-Skandal ausgelösten Diskussion – zumindest im hier in den Blick genommenen Zeitraum – tendenziell weniger um eine von Verlegerinteressen geprägte Debatte handelt. Gleichzeitig zeigen sich medienspezifische Muster in der Auswahl der Sprecher*innen: Während in der *SZ* und im *Business Insider* verstärkt ÖRM-Vertreter*innen zu Wort kommen, erhalten politische Akteur*innen dort im Vergleich zu anderen Medien wenig Raum. Dieses Verhältnis kehrt sich in der *Welt* und der *Bild* (und teilweise der *FAZ*) um – hier bekommen ÖRM-Vertreter*innen weniger Raum als erwartet, während politische Sprecher*innen deutlich präsenter sind als bei den anderen Medien.

Zudem weisen unsere Ergebnisse im Einklang mit der Argumentation zu ideologischen Differenzen in den Einstellungen gegenüber ÖRM (z. B. beim Publikum: Campos Rueda, 2023) darauf hin, dass es sich in der Diskussion um Kritik und Reformforderungen um ein Thema handelt, bei dem das Vorkommen verschiedener Akteur*innen zumindest teilweise von der generellen politischen Ausrichtung einer Zeitung abhängt (FF2). Tendenziell als konservativ eingeordnete Medien, insbesondere die *Bild*, lassen die konservative CDU/CSU häufiger zu Wort kommen, während tendenziell linke/linksliberale (Print-)Medien, vor allem die *SZ*, die Stimmen der CDU/CSU in geringerem Umfang in ihrer Berichterstattung als Sprecher*innen abbilden. Dass sich das Vorhandensein opportuner Zeug*innen und damit das systematische Bevorzugen von Personen oder Argumenten teilweise auf Akteursebene (Konstruktionsprinzip 2), nicht aber auf Argumentebene (Konstruktionsprinzip 1) nachweisen lässt, steht dabei im Einklang mit bisherigen empirischen Befunden zum Konzept der opportunen Zeugen (z. B. Bachl & Vögele, 2013; Hagen, 1992). Hagen (1992, S. 456–457) liefert dafür auch mögliche Erklärungen. Er argumentiert, dass vor allem bei Themen, die neu aufkommen, die Einstellungen weniger klar sind, und sich Journalist*innen dann vor allem an Kommunikator*innen, die der eigenen redaktionellen Linie nahestehen, orientie-

ren und es sich hier entsprechend um eine Heuristik in der Auswahl von Argumentträger*innen handelt: „Personen und Gruppen präjudizieren also, wie Journalisten ein Thema politisch einordnen. Je besser diese sich mit jenen identifizieren können, und je mehr die Werte von Personen und Gruppen mit der redaktionellen Linie eines Mediums übereinstimmen, desto wichtiger erscheinen die Meinungen dieser Kommunikatoren für die Beurteilung des Themas und desto häufiger und ausführlicher werden solche Meinungen folglich veröffentlicht“ (Hagen, 1992, S. 457). Insbesondere bei der Bevorzugung der CDU/CSU durch konservative Zeitungen scheint diese Heuristik zu wirken. Gleichzeitig erklärt Hagens (1992) Argumentation auch, warum sich auf Argumentebene (Konstruktionsprinzip 1) keine systematische Bevorzugung oder Nicht-Nennung bestimmter Kritikpunkte oder Reformforderungen wiederfindet (FF3). Denn dadurch, dass sich die Debatte mit Blick auf Reformforderungen und Kritikpunkte nicht auf einzelne Teilaspekte von ÖRM (z. B. Online-Aktivitäten, Erhöhung der Rundfunkbeiträge) fokussierte, gab es auf Seite der (Print-)Medien vermutlich noch keine einheitliche Position zum Thema, weshalb sie sich tendenziell an parteipolitischen Zugehörigkeiten statt an konkreten Argumentationslinien orientieren. Dass sich die einzelnen (Print-)Medien auf keine konkreten Krisendeutungen (Scheufele et al., 2023) – in dieser Studie operationalisiert als Kritikpunkte und Reformforderungen – konzentrierten, lässt sich allerdings sicherlich auch damit begründen, dass hier, wie oben argumentiert, Verlegerinteressen keine große Rolle gespielt haben dürften.

Aus medienpolitischer Sicht ist ferner interessant, dass auch die politischen Parteien keine bestimmten Krisendeutungen und damit Kritikpunkte und Reformforderungen systematisch in den Diskurs einbringen (FF4). Zwar zeigen sich hier Tendenzen, zum Beispiel, dass sich – wie bei Skandalberichterstattung erwartbar ist – die Kritik vor allem auf der personellen Ebene befindet und hier entsprechende Änderungen gefordert werden. Gleichzeitig kritisieren Parteien wie CDU/CSU und FDP auch vermehrt die Struktur und fordern hier Strukturreformen (FDP) beziehungsweise Reformen der Kontrolle (CDU/CSU).

Mit Blick auf die Limitationen dieser Studie wurde zwar gezielt versucht, nicht nur einzelne Teildebatten um ÖRM in den Blick zu nehmen (z. B. Online-Aktivitäten oder die Finanzierung), sondern eine umfassendere Perspektive zu wählen, jedoch geht dieses Vorgehen gewissermaßen auch mit einer von vielen Themensträngen geprägten Debatte und somit mit einer Diffusion derselben einher. Dadurch lassen sich ebenfalls die indifferenten Positionen von Parteien und Medien erklären. Zudem sind im Sample nur reichweitenstarke, kommerzielle (Print-)Medien enthalten. Eine Erweiterung des Samples um ÖRM würde darüber hinaus einen Vergleich der Berichterstattung öffentlich-rechtlicher und kommerzieller Medien ermöglichen und den Forschungsstand hier erweitern. Ebenso wäre eine Erweiterung des Samples um privatrechtliche Medien im Rundfunkbereich aufschlussreich. Kritisch anzumerken ist ebenso, dass durch die Verwendung des Suchstrings gegebenenfalls nicht alle für diese Forschung relevanten Artikel aufgefunden wurden. Ebenfalls muss erwähnt werden, dass mit dem rbb-Skandal die Berichterstattung direkt infolge eines Skandals und nur in einem sehr begrenzten Zeitrahmen analysiert wurde. Auch dies hat Einfluss auf die konkreten Kritikpunkte und den Fokus auf personelle Aspekte. Zudem wurde in dieser Inhaltsana-

lyse – aufgrund der Tatsache, dass es sich um ein vielschichtiges medienpolitisches Thema handelt, das sich nicht in Pro- und Kontra-Argumente einteilen lässt – nicht die Valenz der Bewertung in den Blick genommen, obwohl verschiedene Autor*innen das Vorhandensein opportuner Zeug*innen über die Valenz nachweisen (z. B. Kemner et al., 2008; Maier & Dogruel, 2016). Die Fokussierung auf vielschichtigere Kritikpunkte und Reformforderungen statt auf die Valenz der Bewertung von ÖRM kann auch einen Teil der Ergebnisse erklären.

Gleichzeitig liefert diese Studie mit genau dieser neuen Operationalisierung, welche die Bewertung von ÖRM nicht dichotom oder ordinal codiert, sondern sich auf verschiedene Krisendeutungen und damit vielschichtigere Argumentationsstränge fokussiert, eine empirische Weiterentwicklung der Überlegungen von Scheufele et al. (2023) sowie eine methodische Alternative für Studien, die sich auf opportune Zeug*innen konzentrieren wollen.

Zudem nimmt sie – anders als viele andere Studien, die sich auf opportune Zeug*innen fokussieren – beide Konstruktionsmechanismen in den Blick und geht nicht nur davon aus, dass sich das Vorhandensein opportuner Zeug*innen in der Auswahl der Personen beziehungsweise Gruppen zeigt. Darüber hinaus wird der Forschungsstand zur Berichterstattung über ÖRM, der sich bislang vor allem auf spezifische politische Debatten im Zusammenhang mit ÖRM konzentriert, zum Beispiel auf Online-Aktivitäten, erweitert, indem sich auf die generelle Debatte nach einem Skandal konzentriert wird. Indem Akteur*innen und ihre Argumente in den Mittelpunkt gestellt werden, baut diese Studie auf Scheufele et al. (2023) auf, nutzt Teile der Argumentation zu den Krisendeutungen und zeichnet so nach, welche politischen Sprecher*innen welche Deutungspfade nutzen. An dieser Stelle könnte weitere Forschung ansetzen und sich dem Vergleich zwischen Medien mit unterschiedlicher Finanzierungsform widmen. Damit geht auch die Frage einher, wie ÖRM über sich selbst berichten. Daran anknüpfend sollten sich weitere Studien auch mit der Frage beschäftigen, inwiefern solche Skandale und die daran anschließende Mediendebatte zu veränderten Einstellungen des Publikums beziehungsweise der Bevölkerung führen und inwiefern dies die wahrgenommene Qualität und das Vertrauen in ÖRM beeinflusst. Zwar liegen hierzu bereits erste Daten vor (z. B. Schultz et al., 2023), weiterführende (insbesondere Längsschnitt-)Analysen wären jedoch wünschenswert.

Anhang

Der Online-Anhang, der das Codebuch enthält, ist über folgenden Link abrufbar: https://osf.io/6cf8k/overview?view_only=054146d3137e46edb8368aec446d2a5e

Finanzierung

Die Autor*innen erhielten keine finanzielle Unterstützung für die Forschung, Autor*innenschaft und Veröffentlichung dieses Artikels.

Offenlegungserklärung

Der Autor Henning Eichler war zum Zeitpunkt der Einreichung beim Hessischen Rundfunk beschäftigt. Es bestand ein ruhendes Beschäftigungsverhältnis während der Datenerhebung und -auswertung.

Literaturverzeichnis

- Adam, S. (2008). Medieninhalte aus der Netzwerkperspektive: Neue Erkenntnisse durch die Kombination von Inhalts- und Netzwerkanalyse. *Publizistik*, 53(2), 180–199. <https://doi.org/10.1007/s11616-008-0074-x>
- Anter, L. (2021). Mein Text, meine Meinung, meine Wissenschaftlerin? Eine qualitative Untersuchung zur Nutzung von Wissenschaftler*innen als opportune Zeugen. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 69(3), 397–415. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2021-3-397>
- Bachl, M., & Vögele, C. (2013). Gutenbergs Zeugen? Eine Replikation und Erweiterung von Hagens (1992) „Die opportunen Zeugen“ anhand der Berichterstattung über Karl-Theodor zu Gutenberg im Kontext der Plagiatsaffäre. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 61(3), 345–367. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2013-3-345>
- Beck, K. (2001). Medienberichterstattung über Medienkonzentration: Journalistische Strategien am Fallbeispiel der Fusion von AOL und Time Warner. *Publizistik*, 46(4), 403–424. <https://doi.org/10.1007/s11616-001-0121-3>
- Brettschneider, F., & Wagner, B. (2008). „And the winner should be...“: Explizite und implizite Wahlempfehlungen in der Bild-Zeitung und der Sun. In B. Pfetsch & S. Adam (Hrsg.), *Massenmedien als politische Akteure* (S. 225–244). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90843-4_10
- Campos Rueda, M. (2023). Influence of public service media consumption on citizens' perceptions of the need for public media: The moderating role of political ideology. *International Journal of Communication*, 17, 3844–3864.
- Cushion, S. (2019). Journalism under (ideological) threat: Safeguarding and enhancing public service media into the 21st century. *Journalism*, 20(1), 69–72. <https://doi.org/10.1177/1464884918807036>
- Deutschlandfunk. (2022, 26. August). Der Fall Schlesinger: Öffentlich-Rechtliche in der Kritik. <https://www.deutschlandfunk.de/schlesinger-rbb-faq-100.html#kurz>
- Donders, K., & Bulck, H. V. D. (2013). Scratching the surface of the “digital argument” in contemporary public service media debates: The case of the management contract negotiations in Flanders. In M. Löblich & S. Pfaff-Rüdiger (Hrsg.), *Communication and media policy in the era of the Internet* (S. 81–95). Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783845243214-81>
- Engelmann, I. (2009). Frames and Positionen zur EU-Osterweiterung: Eine Argument- und Framing-Analyse ausgewählter EU-Beitritte. *Publizistik*, 54(1), 82–102. <https://doi.org/10.1007/s11616-009-0021-5>
- fög. (2015). *Abstimmungsmonitor: Vorlagen vom 14. Juni 2015 [Voting Monitor: Submissions of June 14, 2015]*. http://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:00000000-0777-18fa-ffff-ffffbbe1f70e/Abstimmungsmonitor_Juni_2015.pdf
- fög. (2018). *Abstimmungsmonitor: Vorlagen vom 4. März 2018*. https://www.foeg.uzh.ch/dam/jcr:0a7ad23e-d48b-48f8-92cb-2acb88a7e29d/Abstimmungsmonitor_M%C3%A4rz_2018.pdf

- Früh, W. (2017). *Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis* (9., überarbeitete Auflage). UVK. <https://doi.org/10.36198/9783838547350>
- Geiß, S. (2017). Scandalization. In P. Rössler, C. A. Hoffner, & L. Zoonen (Hrsg.), *The International Encyclopedia of Media Effects* (1. Aufl., S. 1–11). Wiley. <https://doi.org/10.1002/9781118783764.wbieme0198>
- Haarkötter, H., & Kalmuk, F. (2021). *Medienjournalismus in Deutschland: Seine Leistungen und blinden Flecken* (OBS-Arbeitsheft Nr. 105). Otto Brenner Stiftung.
- Hagen, L. M. (1992). Die opportunen Zeugen: Konstruktionsmechanismen von Bias in der Zeitungsberichterstattung über die Volkszählungsdiskussion. *Publizistik*, 37(4), 444–460. <https://doi.org/10.1007/BF03654310>
- Herzog, C., Hilker, H., Novy, L., & Torun, O. (Hrsg.). (2018). *Transparency and funding of public service media: Die deutsche Debatte im internationalen Kontext*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-17997-7>
- Jäkel, J., Huber, P. M., Cole, M. D., Exner, M., Klass, N., Reitz, B., Sehl, A., & de Weck, R. (2024). *Bericht des Rates für die zukünftige Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks*. https://rundfunkkommission.rlp.de/fileadmin/rundfunkkommission/Dokumente/Zukunftsrat/ZR_Bericht_18.1.2024.pdf
- Jakubowicz, K. (2011). Public service broadcasting: Product (and victim?) of public policy. In R. Mansell & M. Raboy (Hrsg.), *The Handbook of global media and communication policy* (1. Aufl., S. 210–229). Wiley. <https://doi.org/10.1002/9781444395433.ch13>
- Janssen, J., & Laatz, W. (2013). *Statistische Datenanalyse mit SPSS*. Springer Gabler. https://doi.org/10.1007/978-3-642-32507-6_33
- Jarren, O. (1998). Medienpolitische Kommunikation. In O. Jarren, U. Sarcinelli, & U. Saxer (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft* (S. 616–629). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80348-1_54
- Jarren, O., & Vogel, M. (2011). „Leitmedien“ als Qualitätsmedien: Theoretisches Konzept und Indikatoren. In R. Blum, H. Bonfadelli, K. Imhof, & O. Jarren (Hrsg.), *Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation* (S. 17–29). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-531-93084-8_2
- Karppinen, K., & Ala-Fossi, M. (2018). Finland: Maintaining the fragile consensus. In C. Herzog, H. Hilker, L. Novy, & O. Torun (Hrsg.), *Transparency and funding of public service media: Die deutsche Debatte im internationalen Kontext* (S. 107–117). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-17997-7_9
- Kemner, B., Scherer, H., & Weinacht, S. (2008). Unter der Tarnkappe: Der Einsatz „volatiler Themen“ und „opportuner Zeugen“ in der Berichterstattung zum Übernahmeversuch der ProSiebenSat.1 Media AG durch den Springer-Verlag. *Publizistik*, 53(1), 65–84. <https://doi.org/10.1007/s11616-008-0006-9>
- Kepplinger, H. M. (2011). Instrumentelle Aktualisierung. In H. M. Kepplinger (Hrsg.), *Journalismus als Beruf* (S. 149–167). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92915-6_8
- Kepplinger, H. M., Brosius, H.-B., & Staab, J. F. (1991). Instrumental actualization: A theory of mediated conflicts. *European Journal of Communication*, 6(3), 263–290. <https://doi.org/10.1177/0267323191006003002>
- Kepplinger, M. (2018). *Medien und Skandale*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21394-7>
- Kösters, R., Jandura, O., Weiß, R., & Schreiber, J. (2021). Diskursallianzen in der Migrationsdebatte? Politischer Parallelismus zwischen Medien und Parteien im Framing der Flucht- und Asylmigration im Jahr 2018. *Politische Vierteljahresschrift*, 62(3), 461–487. <https://doi.org/10.1007/s11615-021-00324-z>

- Krüger, U. M., & Müller-Sachse, K. H. (1998). *Medienjournalismus*. Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-663-07688-9>
- Lasswell, H. D. (1948). The structure and function of communication in society. In L. Bryson (Hrsg.), *The communication of ideas* (S. 37–51). Harper.
- Lichtenstein, D. (2011). Kommerzialisierung des Medienjournalismus? Eine empirische Untersuchung zum „Fall Berliner Zeitung“. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 59(2), 216–234. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2011-2-216>
- Löblich, M. (2011). Frames in der medienpolitischen Öffentlichkeit: Die Presseberichterstattung über den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag. *Publizistik*, 56(4), 423–439. <https://doi.org/10.1007/s11616-011-0129-2>
- Lüter, A. (2004). Politische Profilbildung jenseits der Parteien? Redaktionelle Linien in Kommentaren deutscher Qualitätszeitungen. In C. Eilders, F. Neidhardt, & B. Pfetsch, *Die Stimme der Medien* (S. 167–195). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-322-80557-7_7
- Maier, D., & Dogruel, L. (2016). Akteursbeziehungen in der Zeitungsberichterstattung über die Online-Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. *Publizistik*, 61(2), 145–166. <https://doi.org/10.1007/s11616-016-0258-8>
- Maurer, T., Vogelgesang, J., Weiß, M., & Weiß, H.-J. (2008). Aktive oder passive Berichterstatte? Die Rolle der Massenmedien während des Kosovo-, Afghanistan- und Irakkriegs. In B. Pfetsch & S. Adam (Hrsg.), *Massenmedien als politische Akteure* (S. 144–167). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90843-4_7
- NDR. (2022, 7. September). Neue Vorwürfe gegen NDR SH: Verantwortliche von Aufgaben entbunden. <https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Neue-Vorwurfe-gegen-NDR-SH-Verantwortliche-von-Aufgaben-entbunden,ndrsh104.html>
- Page, B. I. (1996). The mass media as political actors. *PS: Political Science & Politics*, 29(1), 20–24. <https://doi.org/10.2307/420185>
- Pfetsch, B., & Adam, S. (2008). Die Akteursperspektive in der politischen Kommunikationsforschung: Fragestellungen, Forschungsparadigmen und Problemlagen. In B. Pfetsch & S. Adam (Hrsg.), *Massenmedien als politische Akteure* (S. 9–26). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-90843-4_1
- Scheufele, B., Jost, A., & Spachmann, K. (2023). *Krisendeutungen: Die aktuelle Medien-debatte um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk*. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748938378>
- Scholl, A. (2016). Die Logik qualitativer Methoden in der Kommunikationswissenschaft. In S. Averbek-Lietz & M. Meyen (Hrsg.), *Handbuch nicht standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft* (S. 17–32). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-01656-2_2
- Schultz, T., Ziegele, M., Jakob, N., Viehmann, C., Jakobs, I., Fawzi, N., Quiring, O., Schemer, C., & Stegmann, D. (2023). Medienvertrauen nach Pandemie und „Zeitenwende“. Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2022. *Media Perspektiven*, 8, 1–17.
- Schulz, A., Levy, D. A. L., & Nielsen, R. K. (2019). *Old, educated, and politically diverse: The audience of public service news*. Reuters Institute for the Study of Journalism. https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2019-09/The_audience_of_public_service_news_FINAL.pdf
- Sehl, A., Fletcher, R., & Picard, R. G. (2020). Crowding out: Is there evidence that public service media harm markets? A cross-national comparative analysis of commercial television and online news providers. *European Journal of Communication*, 35(4), 389–409. <https://doi.org/10.1177/0267323120903688>

- Stumvoll, M., & Vögele, C. (2021). Ein Foto und seine Folgen – der Fall Mesut Özil: Eine quantitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung. *Journal für Sportkommunikation und Mediensport*, 5(1–2), 15–30. <https://doi.org/10.11585/JSKMS.2020.1-2.15-30>
- Teschendorf, V. S., Kruß, M., Otto, K., & Rusch, R. (2024). Deficits and biases in the leading German press coverage of the Greek sovereign debt crisis. *Communications*, 49(4), 669–691. <https://doi.org/10.1515/commun-2022-0064>
- Urbániková, M., Goyanes, M., & Smejkal, K. (2025). Understanding the willingness to pay for public service media: Testing the role of socio-political trust and partisan selective exposure. *Journalism*, Online-Vorabpublikation. <https://doi.org/10.1177/14648849251339823>
- Uzelman, S., Hackett, R., & Stewart, J. (2005). Covering democracy's forum: Canadian press treatment of public and private broadcasting. *Critical Studies in Media Communication*, 22(2), 156–169. <https://doi.org/10.1080/07393180500072053>
- Weiß, H.-J. (1985). Die Tendenz der Berichterstattung und Kommentierung der Tagespresse zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland. *Media Perspektiven*, 12 845–863.